



# **NIEDERSCHRIFT**

**über die 12. Sitzung des Stadtrates**

**der Stadt Landau in der Pfalz**

**am Dienstag, 22.09.2015,**

**im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal**

Beginn: 17:00

Ende: 21:06



**Anwesenheitsliste**

CDU

Cyrus Bakhtari

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burgdörfer

Jürgen Doll

Ralf Eggers

Rudi Eichhorn

Susanne Höhlinger bis TOP 15 ö.S. 20.18 Uhr

Andreas Hott

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

Bernhard Löffel

Rolf Morio

Gerhard Mosebach

Dirk Vögeli

SPD

Sonja Baum-Baur

Hermann Demmerle

Dr. Maximilian Ingenthron

Dr. Hannes Kopf

Prof. Peter Leiner

Florian Maier

Günter Scharhag

Michael Scheid

Heinz Schmitt



Armin Schowalter

Magdalena Schwarzmüller

Hans Peter Thiel

Monika Vogler bis Ende TOP 4 ö.S. 17.39 Uhr

Bündnis 90/Die Grünen

Doris Braun

Susanne Follenius-Büssow

Lukas Hartmann

Christian Kolain

Udo Lichtenthäler

Sophia Maroc

FWG

Michael Dürphold

Wolfgang Freiermuth

Linda Klein

UBFL

Bertram Marquardt

Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl

Jakob Wagner

FDP

Jochen Silbernagel

Vorsitzender

Hans-Dieter Schlimmer



Berichterstatter

Christine Baumstark	(Hauptamt)
Ralf Bernhard	(Stadtbauamt)
Karin Bommersheim	(Landesgartenschau 2015 gGmbH)
Bernhard Eck	(Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)
Michael Götz	(Gebäudemanagement)
Stefan Joritz	(Amt für Recht und öffentliche Ordnung)
Mark Kieser	(Stadtbauamt)
Hans-Joachim Malo	(Sozialamt)
Martin Messemer	(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)
Hans Schlösser	(Rechnungsprüfungsamt)

Sonstige

Joachim Arbogast	(Ortsvorsteher Mörlheim)
Gerhard Becker	(Ortsvorsteher Mörzheim)
Rolf Kost	(Ortsvorsteher Wollmesheim)
Michael Niedermeier	(Leiter Pressestelle)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

SPD

Dr. Hans-Jürgen Blinn

FWG

Hans Volkhardt

AfD



Myriam Kern

Bürgermeister

Thomas Hirsch

Beigeordneter

Rudi Klemm



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende bat, die Tagesordnung im öffentlichen Teil um einen neuen Punkt 12 „Neubesetzung von Ausschüssen“ zu ergänzen.

**Der Stadtrat stimmte der Ergänzung der Tagesordnung einstimmig zu.**

Damit bestand folgende Tagesordnung:

## **Tagesordnung**

### **Öffentliche Sitzung**

1. Einwohnerfragestunde
2. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau an Herrn Michael Weber
3. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau an Herrn Jochen Stürtz
4. Wahl des 1. hauptamtlichen Beigeordneten (Bürgermeister)
5. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Weiterentwicklung und Beschleunigung der Baulandstrategie  
Vorlage: 101/296/2015
6. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Erstellung einer aktuellen Liste der Interessensbekundungen für Neubauvorhaben  
Vorlage: 101/298/2015
7. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Barrierefreie Gestaltung der Verbindungswege im Wohngebiet Wollmesheimer Höhe  
Vorlage: 101/297/2015
8. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Einführung einer Gesundheitskarte für Asylsuchende  
Vorlage: 101/299/2015
9. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Konkurrierendes Anwohnerparken in der Südstadt  
Vorlage: 101/300/2015
10. Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion; Schaffung einer Vollzeitstelle "Beauftragter für IT-Sicherheit"  
Vorlage: 101/301/2015
11. Dezernatsverteilung der Stadtverwaltung Landau in der Pfalz ab 1. Januar 2016  
Vorlage: 100/172/2015
12. Neubesetzung von Ausschüssen  
Vorlage: 100/174/2015
13. Bereitstellung von außerplanmäßigen Mitteln bei Produkt 12601  
Vorlage: 150/025/2015
14. 1. Nachtragshaushaltssatzung 2015 mit Nachtragshaushaltsplan, Nachtragsstellenplan sowie



Nachtragshaushaltsplan der Bürgerstiftung und Nachtragswirtschaftsplan des Eigenbetriebes Gebäudemanagement Landau

Vorlage: 240/031/2015

- 14.1. Nachtragswirtschaftsplan des Eigenbetriebs "Gebäudemanagement Landau" für das Jahr 2015  
Vorlage: 820/166/2015
15. 13. Controllingbericht zur Stadtentwicklung Süd  
Vorlage: 200/209/2015
16. Mieter-Vermieter-Verhältnis; Neubau Sporthalle an der Berufsbildenden Schule  
Vorlage: 400/055/2015
17. Bebauungsplan „ND 8 - Gewerbegebiet Kreisel Landau-Nord, Teilplan A“; Satzungsbeschluss  
Vorlage: 610/376/2015
18. Aufstellungsbeschluss zur Ergänzung des Bebauungsplanes C 17 der Stadt Landau in der Pfalz mit dem Ziel der Steuerung gastronomischer Nutzungen  
Vorlage: 610/380/2015
19. Bebauungsplan "D 10 - Gewerbepark Messengelände-Ost"; Satzungsbeschluss  
Vorlage: 610/381/2015
20. Anordnung des Umlegungsverfahrens „Südlich Breiter Weg“ für die Entwicklung von Wohnbaugrundstücken im Ortsteil Queichheim  
Vorlage: 620/022/2015
21. Einziehung gem. § 37 des Landesstraßengesetzes der Kreisstraße „K 3“ zwischen den Netzknoten 6814 001 und 6814 076 und 6814076 und 6814 004 der Kreisstraße K12 zwischen den Netzknoten 6814 075 und 6814 076  
Vorlage: 680/102/2015/1
22. Herstellung der Linksabbiegespur an der L509, Vergabe des Auftrages für die Tiefbau- und Straßenbauarbeiten durch den Bauausschuss in seiner Sitzung am 13.10.2015  
Vorlage: 680/109/2015
23. Rückübertragung von Flächen des Bürgergrabens an die Stadtverwaltung Landau  
Vorlage: 820/167/2015
24. Verschiedenes



**Öffentliche Sitzung**





**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)**

**Einwohnerfragestunde**

Von den anwesenden Einwohnerinnen und Einwohnern wurden keine Fragen gestellt.



## **Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)**

### **Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau an Herrn Michael Weber**

Der Vorsitzende würdigte die Verdienste von Herrn Michael Weber. Michael Weber sei ein Urgestein des SV Landau-West. Schon während seiner aktiven Spielerzeit habe er sich auch in der Vereinsführung engagiert. Zunächst als Referent für das Bau- und Anlagewesen des Vereins, ebenso viele Jahre als stellvertretender Vorsitzender. Ab dem Jahr 2000 sei er 14 Jahre Vorsitzender des SV Landau-West gewesen. In dieser Zeit sei der Verein auf mehr als 800 Mitglieder angewachsen. Mehr als 50 % der Vereinsmitglieder seien Jugendliche, dies kennzeichne den Schwerpunkt der Vereinsarbeit unter Michael Weber. Für diese Jugendarbeit sei der SV Landau-West mehrfach ausgezeichnet worden. In seine Amtszeit falle auch die grundlegende Erneuerung des Vorplatzes zum Vereinsheim. Auch die vielen Park- und Spielfeste würden seine Handschrift tragen. Für sein Engagement sei er sowohl mit der bronzenen als auch mit der silbernen Ehrennadel des Vereins ausgezeichnet worden.

Die Verleihung der Ehrennadel sei eine Würdigung der herausragenden ehrenamtlichen Verdienste im sportlichen Bereich.

Der Vorsitzende verlas die Ehrungsurkunde und überreichte Herrn Michael Weber die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz.

Herr Weber bedankte sich für die Ehrung.



### **Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)**

#### **Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau an Herrn Jochen Stürtz**

Der Vorsitzende würdigte die Verdienste von Herrn Jochen Stürtz. Jochen Stürtz engagiere sich seit 37 Jahren im Ortsverband Landau der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft (DLRG). Begonnen habe er 1979 als Helfer beim Kleinkinderschwimmen. Dieses sei zu einem unglaublichen Erfolgsmodell geworden. Seit 1998 sei er nun ununterbrochen Vorsitzender der DLRG-Ortsgruppe. Unter seiner Führung sei die Ortsgruppe auf über 700 Mitglieder angewachsen. Sein besonderes Engagement gelte der Jugendarbeit und der Nachwuchsförderung. In seine Amtszeit falle u.a. die Organisation der DLRG-Landesmeisterschaften im Jahr 2010.

Für sein Engagement sei er 2011 bzw. 2014 mit dem DLRG-Verdienstabzeichen in Bronze bzw. Silber ausgezeichnet worden. 2012 habe er die Ehrennadel in Bronze des Sportbundes Pfalz erhalten. Die Verleihung der Ehrennadel sei eine Würdigung der herausragenden ehrenamtlichen Verdienste im sportlichen Bereich.

Der Vorsitzende verlas die Ehrungsurkunde und überreichte Herrn Jochen Stürtz die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz.

Herr Stürtz bedankte sich für die Ehrung.



#### Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

#### Wahl des 1. hauptamtlichen Beigeordneten (Bürgermeister)

Der Vorsitzende erläuterte zunächst das Verfahren zur Wahl des 1. hauptamtlichen Beigeordneten (Bürgermeister). Er wies darauf hin, dass er bei der Wahl den Vorsitz führe. Sein Stimmrecht ruhe jedoch gemäß § 36 Abs. 3 Satz 2 GemO. Die Wahl erfolge, weil die Amtszeit des bisherigen Amtsinhabers zum 31. Dezember 2015 ende. Auf Beschluss des Stadtrates sei die Stelle ausgeschrieben worden. Auf die Ausschreibung hin, hätten sich 8 Personen auf die Stelle beworben, ein Bewerber habe seine Bewerbung zwischenzeitlich zurückgezogen. Gewählt werden könne nur, wer sich auf die Stelle beworben habe. Zu wählen sei in öffentlicher Sitzung und in geheimer Abstimmung. Er teilte mit, dass die SPD-Stadtratsfraktion Herrn Dr. Maximilian Ingenthron zur Wahl vorgeschlagen habe.

Auf Frage des Vorsitzenden wurden keine weiteren Personen zur Wahl vorgeschlagen.

Der Vorsitzende erläuterte dann das Verfahren bei der Stimmabgabe. Er zeigte die Urne vor.

Die Ratsmitglieder vergewisserten sich, dass die Wahlurne leer war.

Der Vorsitzende verschloss die Wahlurne. Er berief die Ratsmitglieder Günter Scharhag und Linda Klein als Beisitzer für die Auszählung der Stimmen.

Die Stimmzettel wurden an die Ratsmitglieder ausgeteilt.

Der Vorsitzende eröffnete die Wahlhandlung.

Nachdem alle Ratsmitglieder ihre Stimmzettel abgegeben hatten, schloss der Vorsitzende die Wahlhandlung.

Der Vorsitzende öffnete die Wahlurne und begann mit der Auszählung.

Nachdem alle Stimmzettel ausgezählt waren, stellte der Vorsitzende das Ergebnis fest.

Stimmberechtigte:	41
abgegebene Stimmen:	41
Enthaltungen:	6

Auf Herrn Dr. Ingenthron entfielen 31 Ja- und 4 Nein-Stimmen.

**Der Vorsitzende stellte fest, dass Herr Dr. Maximilian Ingenthron die erforderliche absolute Mehrheit der Stimmen erhalten hat und somit zum 1. hauptamtlichen Beigeordneten - Bürgermeister - der Stadt Landau in der Pfalz gewählt ist.**

Herr Dr. Ingenthron erklärte, dass er die Wahl annehme. Die Ausführungen sind nachfolgend im Wortprotokoll wiedergegeben:

„Sehr geehrte Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich nehme diese Wahl sehr gerne an und bedanke mich für das große Vertrauen, dass sie mir heute hier entgegengebracht haben. Ich darf noch zwei, drei Bemerkungen anschließen. Ich habe mich heute daran erinnert wie ich 1989 zum ersten Mal nach der Sommerpause im damals neu erbauten Ratssaal auf dem Platz ein paar Reihen weiter hinten sitzen sollte. 26 Jahre ist das jetzt her, seitdem gehöre ich dem Stadtrat an. Wir sind einen guten Weg in diesen Jahren gegangen und haben uns gemeinsam bemüht, Landau nach vorne zu bringen. 26 Jahre später stehe ich hier und darf mich bei Ihnen bedanken. Ich gebe zu, dass wirklich ein bißchen Aufregung dabei ist. Es ist aber auch Stolz dabei, es ist auch Demut dabei vor der Bürde des Amtes, das ab dem 1. Januar kommenden Jahres vor mir steht und das ich ausfüllen werde. Aber vor allem will ich das Amt mit Freude ausfüllen. Wir



schlagen dann ein neues Kapitel sozusagen politisch in unserer Stadt auf und ich werde ab diesem Zeitpunkt auf der anderen Seite sitzen. Gemeinsam mit Ihnen hier im Rat, mit der Verwaltung, mit den Bürgerinnen und Bürgern will ich mitwirken, das zu tun was uns allen am Herzen liegt um unsere Stadt Landau nach vorne zu bringen. Ich werde dieses Amt mit ganzer Leidenschaft, viel Freude und wie gesagt mit Ihnen allen gemeinsam ausfüllen. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Oberbürgermeister Thomas Hirsch und dem Beigeordneten Rudi Klemm und allen, die an dieser großen Aufgabe mitwirken. Herzlichen Dank nochmals Ihnen allen!“



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

### Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Weiterentwicklung und Beschleunigung der Baulandstrategie

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 15. Juli 2015, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Kopf begründete den Antrag. Es gehe darum, die Baulandstrategie weiter zu entwickeln und zu beschleunigen. Die Baulandstrategie sei eine mustergültige Umsetzung des Grundsatzes Innenentwicklung vor Außenentwicklung. Die Verwaltung habe sehr viel Arbeit in die Entwicklung des Baulückenkatasters gesteckt. Nun gelte es, Leerstände vor allem für junge Familien attraktiver zu machen. Neu am Antrag der SPD sei lediglich, dass man das Szenario beschleunigt haben wolle. Es habe sich nämlich gezeigt, dass der gesamte Prozess der Baulandstrategie zu langsam laufe. Es gehe auch darum, bereits geprüfte Flächen durchaus noch einmal zu prüfen. Die SPD-Stadtratsfraktion wolle auf dem Weg der Baulandstrategie bleiben.

Ratsmitglied Eichhorn erklärte, dass der Antrag bei der CDU-Stadtratsfraktion offene Türen einrenne. Kernpunkte seien ja die Begriffe Weiterentwicklung und Beschleunigung. Es gehe wohl darum, Prioritäten zu verschieben hin zur Bearbeitung der Baulandstrategie. Nach 4 Jahren sei die Bilanz der Baulandstrategie, mit Ausnahme von Queichheim, alles andere als befriedigend. Letztlich gehe es um Dorfentwicklung und die Stärkung des Gemeinwesens. Einigkeit bestehe auch in der Maxime Innenentwicklung vor Außenentwicklung. Innenentwicklungspotentiale hätten dabei zwei Komponenten. Zum einen Nachverdichtungsflächen, die aber baulich schwer zu realisieren seien. Es mangle an Bau- und Verkaufsbereitschaft der Eigentümer oder es sei eine kostenintensive Erschließung. Zum zweiten würden die Stadtteile im Gegensatz zu den Kreisgemeinden keine Dorferneuerungsmittel bekommen. Zwangsläufig würden daher nur Arrondierungspotentiale verbleiben. Die Verfahrensalternative wäre die gesetzliche Baulandumlegung nach dem Baugesetzbuch. Dem Antrag werde die CDU-Stadtratsfraktion zustimmen.

Ratsmitglied Braun unterstrich, dass man die Forderung nach Bauland für Einfamilienhäusern nicht teile. Es gehe den Grünen nicht darum, Eigentümer von Einfamilienhäusern zu diffamieren. Allerdings müsse man sehen, dass Landau bereits den höchsten Anteil an Einfamilienhäusern in Rheinland-Pfalz habe. Fakt sei, dass man als Stadtrat dem Gemeinwohl verpflichtet sei. Wohnungen würden eben auch junge Familien mit kleinen Kindern brauchen. Diese aber würden in Konkurrenz stehen zu Flüchtlingen, dies birge sozialen Sprengstoff. Man brauche endlich ein Konzept, um preiswerten Wohnraum schaffen zu können. Nur so lasse sich Nachhaltigkeit sichern. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion werde dem Antrag nicht zustimmen.

Ratsmitglied Freiermuth war der Auffassung, dass der Bedarf zweifellos da sei. Gemeinwohl bedeute aber auch Verantwortung gegenüber den Bürgern in den Ortsteilen. Wenn Leute auf dem Dorf nicht bauen können, gehen sie in die Stadt. So entstehe ein Verdrängungswettbewerb. Diese Konsequenz hätten die Grünen mit zu verantworten. Man stelle mittlerweile ja auch fest, dass sich das Baulandmodell nicht in allen Einzelheiten umsetzen lasse. Nun müsse man versuchen, neue Wege zu gehen. Die FWG-Stadtratsfraktion werde dem Antrag zustimmen.

Ratsmitglied Dr. Migl sah die bisherige Baulandstrategie als nicht sehr effektiv an. Sie sehe den Schwerpunkt mehr beim sozialen Wohnungsbau anstatt beim Bau von Einfamilienhäusern. Es könne aber auch einen Mix aus beidem geben. Im Moment sehe man eher die Probleme, aber kein Erfolgsmodell. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion werde sich daher enthalten.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man mit Ideologien und alt eingefahrenen Pfaden auf der Denkplatte nicht weiter komme. Die Wohnraumanalyse habe eindeutig ergeben, dass Landau wachsende Stadt bleiben werde. Im Moment würden viele ältere in die Stadt kommen und zugleich auch Jüngere aus den Stadtteilen einströmen. Auf Dauer könne es nur funktionieren, wenn beides im Gleichgewicht



stehe. Neue Baugebiete könne man nur ausweisen, wenn man sich auf diesen beschwerlichen Weg gemacht habe. Deshalb sei es wichtig, jetzt auf dem Weg zu bleiben. Das Augenmerk müsse auch künftig auf der Innenentwicklung liegen. Er empfehle den Antrag in den Bauausschuss zu verweisen.

Ratsmitglied Dr. Kopf stellte fest, dass in Neubaugebieten 30 % der Bauplätze nicht bebaut seien. Baugebote könne man erlassen, diese seien aber rechtlich schwierig umzusetzen. Leider sei dies ein stumpfes Schwert. Mit einem Verweis in den Bauausschuss sei man einverstanden.

Ratsmitglied Lerch sah keinen Anlass, hier eine Grundsatzdiskussion zu führen. Diese Diskussionen könne man im Bauausschuss führen.

Ratsmitglied Marquardt war der Auffassung, dass entscheidend der Bedarf sei. Wenn der Bedarf seitens junger Familien bestehe, dann sollte man auch Bauland zur Verfügung stellen. Er sei ebenfalls der Auffassung, den Antrag im Bauausschuss zu beraten.

Ratsmitglied Lichtenthäler konnte die Geschwindigkeit, die man hier reinbringen wolle, nicht nachvollziehen. Ihm hätten sich die Gründe für die Abwanderung junger Familien aus den Stadtdörfern noch nicht erschlossen. Daher schlage er vor, sich auf der Grundlage des Abschlussberichts anzusehen, wo man insgesamt Bedarf habe.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 15. Juli 2015, die Baulandstrategie weiterzuentwickeln und deren Umsetzung zu beschleunigen, wird in den Bauausschuss verwiesen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)**

**Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Erstellung einer aktuellen Liste der Interessensbekundungen für Neubauvorhaben**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 21. Juli 2015, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Doll war erfreut, dass Queichheim hier positiv zur Baulandstrategie beitragen könne. Allein in Queichheim gebe es 36 bauwillige Familien mit Kindern. Was man jetzt brauche, sei eine aktuelle Liste. Man sehe ein wenig ein Problem mit dem Datenschutz, da die Daten nicht anonymisiert seien. Hier sollte man nachbessern.

Der Vorsitzende versicherte, dass man Möglichkeiten finden werde, den Datenschutz zu gewährleisten.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron unterstrich, dass diese Liste die Bauwilligkeit von Interessenten unterstreichen solle.

Ratsmitglied Braun schlug vor, ergänzend auch die Liste der Wohnungssuchenden zu aktualisieren.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 21. Juli 2015, eine aktuelle Liste der Interessensbekundungen für Neubauvorhaben in allen Landauer Ortsteilen vorzulegen, wird in den Bauausschuss verwiesen.**





**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)**

**Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Barrierefreie Gestaltung der Verbindungswege im Wohngebiet Wollmesheimer Höhe**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 15. Juli 2015, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Demmerle begründete den Antrag. Die Verbindungswege im Wohngebiet Wollmesheimer Höhe seien teilweise nicht von allen nutzbar. Er bitte darum, dass die Verwaltung prüfe wie man hier Abhilfe schaffen könne.

Der Vorsitzende schlug vor, den Antrag in die Haushaltsberatungen zu verweisen, da hierfür zusätzliche Mittel benötigt würden.

Ratsmitglied Lerch bat, dass die Verwaltung die Kosten für diese Maßnahme ermittelt.

Ratsmitglied Follenius-Büssow unterstützte den Antrag und die Verweisung in die Haushaltsberatungen ebenfalls.

Ratsmitglied Freiermuth sprach sich ebenfalls für einen Verweis in den Bauausschuss aus.

Ratsmitglied Wagner legte Wert darauf, dass es komplett barrierefrei hergestellt wird.

Ratsmitglied Marquardt war der Meinung, dass der Antrag vom Ansatz her gut sei. Man sollte ihn aber auf das gesamte Stadtgebiet erweitern. Dann sollte man Prioritäten setzen, wo man als erstes tätig wird.

Ratsmitglied Löffel erklärte, dass Barrierefreiheit im öffentlichen Raum eine maximale Schräge von 6 % bedeute. Dies sei schwer umsetzbar und mithin keine einfache Maßnahme.

Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 2 Enthaltungen:

**Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 15. Juli 2015, die Verbindungswege im Wohngebiet Wollmesheimer Höhe barrierefrei zu gestalten, wird in die Haushaltsberatungen verwiesen.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

### Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Einführung einer Gesundheitskarte für Asylsuchende

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 10. September 2015, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Follenius-Büssow begründete den Antrag. Im Moment seien sehr viele Menschen auf der Flucht. Man habe das große Glück, dass es in Landau eine große Hilfsbereitschaft gegenüber den Flüchtlingen gebe. Zu einer humanen Versorgung gehöre aber auch eine gute Gesundheitsversorgung. Asylsuchende, die krank seien, müssten bisher beim Sozialamt einen Behandlungsschein beantragen. Es drehe sich dabei auch nur um Asylsuchende in den ersten 15 Monaten ihres Aufenthaltes. Diese elektronische Gesundheitskarte nütze vor allem kranken Asylsuchenden. Es gebe diese Gesundheitskarte bereits in Bremen, Hamburg und Nordrhein-Westfalen. Dabei habe sich gezeigt, dass die Kosten der Krankheitsversorgung gegenüber vorher nicht zugenommen hätten. Allerdings gebe es bei den administrativen Kosten Ersparnisse. Der Antrag sei auch ein Appell an das Land, Verhandlungen mit den Krankenkassen aufzunehmen.

Der Vorsitzende entgegnete, dass die Verwaltung mit der bisherigen Praxis nicht überfordert sei. Das Land sei bereits in Verhandlungen, die Beteiligten wie der Städtetag seien eher verhalten in dieser Frage. Am Ende würden eher höhere Kosten herauskommen. Erst wenn man alle Fakten kenne, könne entschieden werden ob man einer solchen Vereinbarung dann beitrete.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass der Antrag gut gemeint sei. Die bisherige Lösung sei kein großer Verwaltungsaufwand, es sei durchaus überschaubar. Dem Punkt a) des Antrages könne die CDU-Fraktion zustimmen. Der Punkt b) wäre eine Blankovollmacht, dem könne man derzeit nicht zustimmen.

Ratsmitglied Schwarzmüller gab zu bedenken, dass es im Moment Spielraum gibt, den es mit der Rahmenvereinbarung wohl nicht mehr geben werde. Sie fände es sinnvoller eine Gesundheitskarte für ab 15 Monaten Aufenthalt einzuführen. Dies sei auch gesetzliche Grundlage. Sie sehe aber auch, dass die Kapazitäten im Sozialamt dafür nicht vorhanden seien.

Ratsmitglied Freiermuth konnte für die FWG-Stadtratsfraktion dem Punkt a) ebenfalls zustimmen. Man habe ein System das läuft. Dies müsse bundesweit geregelt werden.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Meinung, dass der Antrag in die richtige Richtung gehe. Es gebe ja durchaus Probleme, die man nicht wegdiskutieren könne. Die Fraktion Pfeffer und Salz unterstütze den Antrag.

Herr Malo erläuterte die aktuelle Verwaltungspraxis. Die Verwaltung mache keine gesundheitliche Einschätzung, dafür habe man gar keine Ausbildung. In einem vergleichbaren Versicherungsverhältnis seien derzeit 45 Menschen versichert. Von daher wisse man, was auf einem zukomme. Die Krankenkassen würden sich hier den Rücken frei halten und die Kosten 1:1 an die Kommunen weitergeben. Wenn man dies vergleiche, dann seien die Kosten um ein vielfaches höher als derzeit. Der Verwaltungsaufwand würde bei den Kommunen verbleiben.

Ratsmitglied Dr. Bals unterstrich, dass in Landau sehr sensibel gearbeitet werde.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron schlug vor, den Antrag zurückzustellen, bis die Rahmenvereinbarung abgeschlossen sei.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:



**Der Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 10. September 2015, die Einführung einer Gesundheitskarte für Asylsuchende zu prüfen, wird in den Hauptausschuss verwiesen. Eine Behandlung im Ausschuss erfolgt erst, wenn die Rahmenvereinbarung des Landes geschlossen wurde.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)**

**Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Konkurrierendes Anwohnerparken in der Südstadt**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 9. September 2015, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Kopf begründete den Antrag. Mit dem Prüfauftrag bitte man um eine Auswertung der bestehenden Parkregelung in der Südstadt. Die Rückmeldungen der Anwohner seien durchweg positiv.

Der Vorsitzende stellte fest, dass das Parkkonzept der Verwaltung für die Landesgartenschau absolut erfolgreich sei. Die Situation sei gut, sollte aber nach Abschluss der Landesgartenschau durchaus nochmals überprüft werden. Wichtig sei, dass dies dann auch rechtssicher ist.

Ratsmitglied Lichtenthäler betonte, dass es wohl keine Regelung gebe, mit der alle zufrieden sind. Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion sei durchaus sinnvoll, um zu sehen, ob eine Weiterführung der derzeitigen Regelung möglich und rechtssicher sei.

Ratsmitglied Freiermuth wies darauf hin, dass sich die Befürchtung, dass die Südstadt überrollt werde, sich nicht eingestellt habe.

Ratsmitglied Wagner entgegnete, dass sich aus seiner Sicht an der Parksituation nichts geändert habe.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 9. September 2015, die Erfahrungen mit dem konkurrierenden Anwohnerparken in der Südstadt auszuwerten und den Städtischen Gremien Ende 2015 einen Bericht vorzulegen, wird in den Hauptausschuss verwiesen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)**

**Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion; Schaffung einer Vollzeitstelle  
"Beauftragter für IT-Sicherheit"**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion vom 13. September 2015, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Wagner begründete den Antrag. Mit dem Antrag gehe es um die Datensicherheit in der städtischen Datenverarbeitungsabteilung. Bekanntlich seien es viele Daten, die in der Verwaltung verwaltet werden. Effizienzsteigerungen und Kosteneinsparungen kämen auch an Grenzen. Nicht sparen solle man nämlich an der IT-Sicherheit. Die Stelle des IT-Sicherheitsbeauftragten sei keine Neuerfindung, sondern vom BSI vorgeschrieben. IT-Sicherheit dürfe man nicht auf die leichte Schulter nehmen, es gehe hier um sehr viel.

Der Vorsitzende schlug vor, dies im Rahmen der Haushaltsberatungen zu besprechen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion vom 13. September 2015, eine Vollzeitstelle „Beauftragter für IT-Sicherheit“ zu schaffen, wird in die Haushaltsberatungen 2016 verwiesen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)**

**Dezernatsverteilung der Stadtverwaltung Landau in der Pfalz ab 1. Januar 2016**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 8. September 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Hartmann erklärte, dass aus seiner Sicht die vorgeschlagene Dezernatsverteilung mangelhaft sei. Sie sei deshalb mangelhaft, weil einige Bereiche, die zusammengedacht werden sollten, nicht zusammengedacht seien. Hierzu gehöre das Bauamt und das Gebäudemanagement, aber auch der Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb und das Umweltamt. Das Dezernat des künftigen Oberbürgermeisters sei fachlich und thematisch überlastet. Vor diesem Hintergrund habe man durchaus Sympathie für den Vorschlag des künftigen Oberbürgermeisters gehabt, den Stadtvorstand zu erweitern. Es sei festzuhalten, dass Landaus Stadtvorstand im Vergleich mit anderen Städten in Rheinland-Pfalz unterbesetzt sei. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion werde daher den Dezernatsverteilungsplan ablehnen.

Ratsmitglied Lerch entgegnete, dass ein Dezernatsverteilungsplan immer die Folge einer Abwägung sei. Dass das Bauamt künftig nicht mehr beim OB, sondern beim Bürgermeister angesiedelt ist, durchbreche zwar eine Tradition. Dafür seien aber erstmals das Sozialamt und das Jugendamt beim Oberbürgermeister angesiedelt. Diese beiden Ämter seien nicht ganz unwichtig. Egal wie man es mache, werde man immer irgendwelche Schnittstellen haben. Der Stadtvorstand sei ein Kollegialorgan, der an den Schnittstellen gut zusammen arbeite werde. Insgesamt sei dies eine abgewogene Vorlage, der die CDU-Stadtratsfraktion zustimmen werde.

Ratsmitglied Freiermuth wies darauf hin, dass eine weitere Stelle im Stadtvorstand auch weitere Kosten bedeuten würde. Zudem sei beispielsweise die Volkshochschule mit dem Amt für Schulen, Kultur und Sport zusammengelegt worden, was ein positiver Effekt sei.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 33 Ja,- 6 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen:

**der Dezernatsverteilung für die Stadtverwaltung Landau in der Pfalz in der beigelegten Fassung zuzustimmen. Die neue Dezernatsverteilung gilt ab 1. Januar 2016.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)**

**Neubesetzung von Ausschüssen**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 18. September 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Stadtrat wählt**

- 1. Herrn Michael Scheid, Woogstraße 63, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Werksausschuss GML,**
- 2. Herrn Hermann Demmerle, Am Jagdstock 40, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in die Gesellschafterversammlung der Klinikum Landau-Südliche Weinstraße GmbH.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)**

**Bereitstellung von außerplanmäßigen Mitteln bei Produkt 12601**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Abteilung Brand- und Katastrophenschutz vom 31. August 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Bei Produkt 12601/071205 (Brandschutz /Mannschaftstransportfahrzeug) werden 35.000 € außerplanmäßig bereitgestellt.**





## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

### **1. Nachtragshaushaltssatzung 2015 mit Nachtragshaushaltsplan, Nachtragsstellenplan sowie Nachtragshaushaltsplan der Bürgerstiftung und Nachtragswirtschaftsplan des Eigenbetriebes Gebäudemanagement Landau**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung vom 20. August 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Er hielt zunächst seine Haushaltsrede. Das Jahr 2015 sei ein besonderes Jahr für unsere Stadt. Die Landesgartenschau stehe dabei als Symbol für den erfolgreichen Weg unserer Stadt, auch wenn dieser bisweilen etwas steinig gewesen sei. Der Flüchtlingsstrom habe uns vor eine große Gemeinschaftsaufgabe gestellt, die unsere Solidarität fordere. Er danke hier vor allem auch den vielen ehrenamtlichen Helfern für deren beeindruckendes Engagement. Die städtischen Investitionen habe man vorangetrieben, keine Maßnahme sei durch die Landesgartenschau gestoppt worden. Er nenne nur die Fortsetzung des Stadtbbaus mit der Fertigstellung des Heinrich-Heine-Platzes, die Fertigstellung der Sporthalle der Berufsbildenden Schule, die Erschließung des Baugebietes Bürgergrabens, die Fortsetzung der Schulsanierungen sowie der Bau und die Inbetriebnahme des neuen Rechenzentrums. Ebenso wichtig seien die vielen privaten Investitionen, die nachhaltig Arbeitsplätze sichern würden. Exemplarisch nenne er nur den Neubau von H&M und den Erweiterungsbau der VR-Bank. Landau wachse auch in Zukunft, die Weichen hierfür seien gestellt. Weitere Themen, die das Jahr geprägt haben, seien der Landauer Weg der Bürgerbeteiligung und die Einrichtung eines Kommunalen Beirates für Menschen mit Behinderungen. Ein Thema der Zukunft sei sicherlich der Wohnraumbedarf. Er danke insbesondere der Kämmerei für die wieder sehr gute Vorbereitung der Haushaltsberatungen. Die Erträge würden sich um 2,1 Millionen Euro erhöhen, was sehr erfreulich sei. Leider hätten sich in gleichem Maße auch die Aufwendungen um 1,6 Millionen Euro erhöht. Somit betrage die tatsächliche Haushaltsverbesserung nur 500.000 Euro. Der Fehlbetrag habe sich auf 14,7 Millionen Euro verringert. Er könne immer wieder nur betonen, dass dieses Defizit nicht den eigenen freiwilligen Leistungen geschuldet sei. Die Aufwendungen für Zoo, Bibliothek, Landesgartenschau, Volkshochschule und Kultur seien marginal, im Vergleich zu den Aufwendungen für den Bereich Jugend und Soziales. Der dickste Brocken sei hierbei mit 11,7 Millionen Euro die Eingliederungshilfe für die 400 Menschen mit Behinderungen. Hier werde deutlich, vor welcher Herausforderung man künftig stehe. Die Inklusion stehe erst am Anfang. Er danke allen Ehrenamtlichen, die in den verschiedensten Bereichen vieles und gutes leisten. Für den Bereich Jugend und Soziales habe man mittlerweile Aufwendungen von 60,63 Millionen Euro, das seien 45 % des Gesamtetats. Er habe die Verwaltung angewiesen, alle Teilhaushalte auf Einsparmöglichkeiten zu untersuchen. Der Stadtrat werde bei den Haushaltsberatungen 2016 prüfen müssen, ob es weitere Einsparmöglichkeiten gibt. Der Kreditbedarf für Kernhaushalt und GML belaufe sich auf 7,8 Millionen Euro. Die Schwerpunktsetzung bei den Investitionen liege wie schon in den vergangenen Jahren bei Schulen und Sportanlagen. Unsere Stadt stehe gut da, man müsse sich nicht verstecken. Es sei dies heute seine letzte Haushaltsrede. Landau habe in den letzten 8 Jahren sein Gesicht gewandelt. Dies zu schultern sei auch ein Verdienst einer unheimlich leistungsfähigen Verwaltung. Verwaltungshandeln sei unglaublich komplex geworden. Die Landesgartenschau lasse Visionen wahr werden. Ohne die Landesgartenschau stünde man nicht dort, wo man jetzt stehe. Was bleibe seien die Herausforderungen im sozialen Bereich. Der Haushalt 2016 werde nicht einfacher. Man habe Herausforderungen nicht nur bewältigt, sondern kreativ gesteuert. Basis dafür sei eine kollegiale Zusammenarbeit im Stadtvorstand und die hervorragende Arbeit der Verwaltung gewesen. Landau sei in guten Händen.

Ratsmitglied Lerch stellte die Frage nach der Notwendigkeit dieses Nachtragshaushaltes. Dieser Nachtragshaushalt sei letztlich ein Zwischenstand der aktuellen Entwicklungen und beinhalte keine fiskalischen Weichenstellungen. Die Korrekturen seien überschaubar, aber ambivalent. Es sei leider schon seit Jahrzehnten Tradition, dass über die Maße steigende Ausgaben im Bereich Jugend und Soziales bei den Kommunen hängen blieben. Alle unsere Bemühungen durch Einnahmesteigerungen einen Haushaltsausgleich zu erreichen, würden so immer wieder zunichte gemacht. Während



beispielsweise Hessen, Bayern und das Saarland die Kosten für die den Kommunen zugewiesenen Flüchtlinge komplett übernehmen, würden die Kommunen in Rheinland-Pfalz auf einem Großteil der Flüchtlingskosten sitzen bleiben. Die leichte Verbesserung des Defizits von 500.000 Euro sei erfreulich, aber letztlich nur eine Randerscheinung. Ein Haushaltsausgleich sei für Landau weit und breit nicht zu sehen. Die CDU-Stadtratsfraktion werde dem Nachtragshaushalt zustimmen.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron unterstrich die anhaltenden Probleme im städtischen Haushalt. In Landau aber sei dies letztlich nicht zu lösen. Was man tun könne, das tue man bereits. Landau sei ein attraktiver Standort für Handel, Dienstleistungen und produzierendes Gewerbe. Land und Bund seien gefordert, die Voraussetzungen zu schaffen, dass die Kommunen eine Chance auf ausgeglichene Haushalte haben. Die Flüchtlingsthematik sei eine beispiellose Herausforderung. Man sei dankbar, dass in Landau viele Kräfte an einem Strang ziehen. Allerdings dürfe man die Bürger hier auch nicht überfordern, viele seien an ihren Kapazitätsgrenzen angekommen. Das Thema werde uns noch stärker fordern als ohnehin schon im laufenden Jahr. Es deute viel darauf hin, dass die Zahl der Flüchtlinge weiter steigen werde. Die Verwaltung sollte darüber nachdenken, eine hauptamtliche Koordinierungsstelle für die Flüchtlingsarbeit zu schaffen. Noch könne man den Bedarf an Wohnraum aus dem vorhandenen privaten Wohnraum decken. Es sei wichtig, sozialen Wohnraum zu schaffen, um soziale Spannungen erst gar nicht aufkommen zu lassen. Er hoffe, dass der Bund-Länder-Gipfel hier einen Durchbruch hin zu einer angemessenen Kostenpauschale für die Kommunen bringe. Man könne dies aber mit Mut und Zuversicht angehen, denn Landau sei eine überaus erfolgreiche Stadt. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme dem Nachtragshaushalt zu. Er verbinde dies mit dem Dank an den Oberbürgermeister und die Verwaltung.

Ratsmitglied Hartmann erklärte, dass ihm die Änderungen im Nachtragshaushalt verständlich und nachvollziehbar seien. An der Grundproblematik werde sich aber nichts ändern. Auf eine evtl. neue Landesregierung im März zu hoffen, halte er für nicht zielführend. Letztlich müsste man sich selbst helfen. Die Grünen stünden bereit, gemeinsam mit den anderen Fraktionen gemeinsam eine Generationengerechtigkeit herzustellen. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion werde den Nachtragshaushalt ablehnen.

Ratsmitglied Freiermuth dankte der Verwaltung, für die Vorlage dieses Nachtragshaushaltes. Er sei überzeugt, dass eine Zinserhöhung kommen werde. Dann werde man bei den nächsten Haushalten große Probleme bekommen. Er sei der Auffassung, dass die neue Sporthalle an der Berufsbildenden Schule ein Gewinn für Landau sei. Künftig sollte bei Anträgen der Fraktionen immer auch ein Finanzierungsvorschlag mit unterbereitet werden. Die Landesgartenschau sei ohne Zweifel ein Erfolgsmodell. Dadurch habe auch die Südstadt ihren Charakter als „Schmuddelecke“ Landaus verloren. Er sehe diesen Nachtragshaushalt unproblematisch, die FWG-Stadtratsfraktion werde zustimmen.

Ratsmitglied Dr. Migl teilte mit, dass die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion den Nachtragshaushalt ablehnen werde. Gründe seien zunächst die Containerlösung zur Aufnahme von Flüchtlingen. Die hierfür vorgesehenen 1,36 Millionen Euro hätte man lieber in eine nachhaltige Bebauung investiert. Sie denke, dass eine dezentrale Unterbringung nach wie vor die bessere Lösung sei. Man sei auch kritisch, was die Landesgartenschau angehe. Ein weiterer Grund für die Ablehnung sei, dass man versäumt habe, im großen Stil bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Dies sei ein Armutszeugnis für die Stadt.

Ratsmitglied Marquardt sah auch positive unterstützenswerte Ansätze im Nachtragshaushalt wie zum Beispiel die Investitionen in die Schulen. Nicht mittragen könne er aber die Containerlösung für die Unterbringung von Flüchtlingen. Im Baufeld 10 gebe es viele Möglichkeiten bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Aus diesem Grunde lehne er den Nachtragshaushalt ab.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 32 Ja- und 9 Nein-Stimmen:



den Nachtragshaushalt, der nach Vorlage der Verwaltung wie folgt abschließt:

<b>1. im Ergebnishaushalt</b>	
der Gesamtbetrag der Erträge auf	124.517.011 €
der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	<u>139.251.864 €</u>
Jahresfehlbetrag	-14.734.853 €
<b>2. im Finanzhaushalt</b>	
die ordentlichen Einzahlungen auf	112.682.139 €
die ordentlichen Auszahlungen auf	<u>126.503.174 €</u>
Saldo der ordentlichen Ein-und Auszahlungen	-13.821.035 €
die außerordentlichen Einzahlungen auf	0 €
die außerordentlichen Auszahlungen auf	<u>0 €</u>
Saldo der außerordentlichen Ein-und Auszahlungen	0 €
die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	16.893.140 €
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	<u>15.605.921 €</u>
Saldo der Ein-und Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten	1.287.219 €
die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	16.084.716 €
die Auszahlung aus Finanzierungstätigkeit auf	<u>3.550.900 €</u>
Saldo der Ein-und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	12.533.816 €
der Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	145.659.995 €
der Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	<u>145.659.995 €</u>
Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr	0
<b>3. Verpflichtungsermächtigungen</b>	8.626.000 €
<b>4. über den Nachtragsstellenplan</b>	
<b>5. die Verbindlichkeit der Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2016 - 2018</b>	
<b>6. den Nachtragshaushaltsplan der Bürgerstiftung</b>	
<b>im Ergebnishaushalt</b>	
der Gesamtbetrag der Erträge auf	188.964 €
der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	<u>236.128 €</u>
Jahresfehlbetrag	-47.164 €
<b>im Finanzhaushalt</b>	
die ordentlichen Einzahlungen auf	183.600 €
die ordentlichen Auszahlungen auf	<u>179.450 €</u>
Saldo der ordentlichen Ein-und Auszahlungen	4.150 €
die außerordentlichen Einzahlungen auf	0 €
die außerordentlichen Auszahlungen auf	<u>0 €</u>
Saldo der außerordentlichen Ein-und Auszahlungen	0 €
die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	300.000 €
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	<u>0 €</u>
Saldo der Ein-und Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten	300.000 €
die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 €
die Auszahlung aus Finanzierungstätigkeit auf	<u>0 €</u>



<b>Saldo der Ein-und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b>0 €</b>
<b>der Gesamtbetrag der Einzahlungen auf</b>	<b>483.600 €</b>
<b>der Gesamtbetrag der Auszahlungen auf</b>	<b><u>179.450 €</u></b>
<b>Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr</b>	<b>304.150 €</b>



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14.1. (öffentlich)

**Nachtragswirtschaftsplan des Eigenbetriebs "Gebäudemanagement Landau" für das Jahr 2015**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 22. Juli 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Die Beratung erfolgte zusammen mit Tagesordnungspunkt 14. Auf die dortige Protokollierung wird verwiesen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 38 Ja- und 3 Nein-Stimmen:

a) den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Nachtrag zum Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes „Gebäudemanagement Landau“ für das Jahr 2015 mit den Betriebszweigen Gebäudebestand und Wohnhausbesitz und den nachfolgenden Zahlen:

<b>Erfolgsplan:</b>	
Erträge	14.408.300,00 EURO
Aufwendungen	14.876.050,00 EURO
Differenz	- 467.750,00 EURO

<b>Vermögensplan:</b>	
Einnahmen	10.206.250,00 EURO
Ausgaben	10.206.250,00 EURO

Der Gesamtbetrag der Kredite 2015 wird festgesetzt auf **5.033.500,00 EURO.**

Der Gesamtbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite) bleibt unverändert und wird festgesetzt auf **3.000.000,00 EURO.**

b) Der im Rahmen der Finanzplanungsjahre 2016 bis 2018 vorgesehene Bedarf an Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf

Wirtschaftsjahr 2016:	4.340.000,00 EURO
Wirtschaftsjahr 2017:	2.785.000,00 EURO
Wirtschaftsjahr 2018:	1.245.000,00 EURO

Für die Summe der Verpflichtungsermächtigungen müssen voraussichtlich Investitionskredite in folgender Höhe aufgenommen werden:

Wirtschaftsjahr 2016:	2.703.841,39 EURO
Wirtschaftsjahr 2017:	1.745.000,00 EURO
Wirtschaftsjahr 2018:	385.000,00 EURO

Die Maßnahmen der Finanzplanung stehen unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit im Rahmen der aufsichtsbehördlich genehmigten Gesamtkreditermächtigung für die Stadt Landau in der Pfalz.

c) Der Stadtrat nimmt die Stellenübersicht mit den Veränderungen in den Stellenbewertungen (Neubewertungen) zur Kenntnis.

Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

**13. Controllingbericht zur Stadtentwicklung Süd**



Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage der Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung vom 11. September 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Der investive Bereich könne mit großer Wahrscheinlichkeit eingehalten werden. Das Gesamtbudget von 35 Millionen Euro werde eingehalten, was nicht selbstverständlich, sondern das Ergebnis der Arbeit der Verwaltung und der Landesgartenschau GmbH sei. Man brauche in Sachen Qualität der Anlagen sich vor keiner anderen Schau in diesem Jahr zu verstecken. Ein Sport- und Freizeitcampus wäre ohne die Landesgartenschau nicht möglich gewesen. Bisher habe man mit Stand 20. September 700.000 Besucher gehabt. Eine Prognose, wo man am Ende landen werde, wolle er aber nicht abgeben. Vorsichtig geschätzt könnte der städtische Zuschuss am Ende bei 4,6 Millionen Euro liegen. Die Landesgartenschau sei ein Motor für die Stadtentwicklung. Insgesamt seien 450.000 Tageskarten verkauft worden, davon seien 26.000 Familienkarten. Eine gute Mischung habe man auch bei den Veranstaltungen gefunden.

Ratsmitglied Lerch stellte fest, dass vom anvisierten Landeszuschuss von 27 Millionen Euro bisher 25,9 Millionen Euro gezahlt worden seien.

Ratsmitglied Freiermuth erklärte, dass die Entwicklung der Vinothek ein sehr positiver Aspekt sei. Diese werde sicher auch nach der Landesgartenschau ein Magnet bleiben. Sein großer Dank gehe an die Ortsteile für die Beteiligung am Blumenkorso.

**Der Stadtrat nahm den Controllingbericht zur Kenntnis.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)**

**Mieter-Vermieter-Verhältnis; Neubau Sporthalle an der Berufsbildenden Schule**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 28. August 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 1 Enthaltung:

**für das Haushaltsjahr 2015 überplanmäßige Mittel in Höhe von 35.580,00 € auf dem PK 23101.5621 und Mittel in Höhe von 17.000,00 € auf dem PK 23101.5232 zur Verfügung zu stellen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 17. (öffentlich)

**Bebauungsplan „ND 8 - Gewerbegebiet Kreisel Landau-Nord, Teilplan A“;  
Satzungsbeschluss**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 3. September 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Es sei eine qualitative Aufwertung des Stadteingangs.

Ratsmitglied Dr. Migl entgegnete, dass sie nicht überzeugt sei, dass dies eine Aufwertung sei. Daher werde die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion dem Bebauungsplan nicht zustimmen.

Der Vorsitzende wies auf Höhenabweichungen bei den Geländemessungen hin, Dies müsse zu Befreiungen im Bebauungsplan führen.

Ratsmitglied Lichtenthäler teilte mit, dass auch die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion der Vorlage nicht zustimmen werde.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 29 Ja,- 9 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen:

- 1. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 BauGB vorgebrachten Stellungnahmen zum Vorentwurf, Entwurf-2014 und Entwurf-2015 des Bebauungsplanes ND 8-Teilplan A gemäß den Abwägungsvorschlägen der beigefügten Synopsen vom 25.08.2014 und 01.09.2015 (Anlagen 1 und 3) abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses. Das Abwägungsergebnis ist in den Entwurf zu übernehmen.**
- 2. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 BauGB vorgebrachten Stellungnahmen zum Vorentwurf, Entwurf-2014 und Entwurf-2015 des Bebauungsplanes ND 8-Teilplan A gemäß den Abwägungsvorschlägen der beigefügten Synopsen vom 25.08.2014 und 01.09.2015 (Anlagen 2 und 4) abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses. Das Abwägungsergebnis ist in den Entwurf zu übernehmen.**
- 3. Der Bebauungsplan „ND 8 - Gewerbegebiet Kreisel Landau-Nord, Teilplan A“ (Anlage 7) wird in der Fassung vom September 2015 als Satzung beschlossen und die Begründung gebilligt (§ 10 BauGB). Die Verwaltung wird beauftragt, den Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen und die Öffentlichkeit, welche Stellungnahmen geäußert hat, von dem Abwägungsergebnis schriftlich in Kenntnis zu setzen.**





Niederschrift des Tagesordnungspunktes 18. (öffentlich)

**Aufstellungsbeschluss zur Ergänzung des Bebauungsplanes C 17 der Stadt Landau in der Pfalz mit dem Ziel der Steuerung gastronomischer Nutzungen**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 1. September 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 2 Enthaltungen:

- 1. Für das durch den rechtskräftigen Bebauungsplan C 17 der Stadt Landau in der Pfalz erfasste Gebiet, dessen räumliche Umgrenzung in der Anlage zu dieser Sitzungsvorlage dargestellt ist, wird das Ergänzungsverfahren eingeleitet.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB i. V. m. § 13 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB i. V. m. § 13 BauGB vorzunehmen.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 19. (öffentlich)

### **Bebauungsplan "D 10 - Gewerbepark Messegelände-Ost"; Satzungsbeschluss**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 10. September 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Man plane hier sehr verantwortungsbewusst und dem Bedarf der Stadt angemessen.

Ratsmitglied Dr. Migl hielt das Gewerbegebiet für zu groß. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion werde die Vorlage ablehnen.

Ratsmitglied Marquardt sprach die Anbindung der Otto-Hahn-Straße an die Kraftgasse an. Er könne diese Lösung nicht mittragen. Diese Linksabbiegespur stelle eine Unfallgefahr dar. Daher werde er der Sitzungsvorlage nicht zustimmen.

Ratsmitglied Doll war der Meinung, dass man die Entwicklung bei der Kraftgasse beobachten sollte.

Herr Kieser erläuterte, dass noch Stellungnahmen des LBM Montabaur und des NABU/ der Unteren Naturschutzbehörde eingegangen seien. Er stellte die eingegangenen Stellungnahmen vor und empfahl, den Planentwurf unverändert zu belassen. Hinsichtlich der Auffahrtsspur werde man im Rahmen der Ausführungsplanung den Anfang um 25 Meter nach Nordosten verlegen. Hinsichtlich des „Tankstellengrundstücks“ (GE 1.1 und GE 1.2) wies er noch auf zwei erforderliche Korrekturen in der Planzeichnung hin (siehe Anlage): Zum ersten sei die „Punktlinie“ analog zu den Grundstücken GE 2.1 und GE 2.2 parallel zur L 509 zu verschieben. Zum zweiten sei im GE 1.2 die Mindestgebäudehöhe von 5,0 m auf 9,0 m entlang der Otto-Hahn-Straße für Gebäude, die keine Hallen sind, zu erhöhen.

Ratsmitglied Lerch wollte wissen, was mit dem Bypass passiere.

Herr Bernhard entgegnete, dass dieser nicht mehr benötigt werde.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 30 Ja- und 10 Nein-Stimmen:

- 1. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB vorgebrachten Stellungnahmen zum Vorentwurf des Bebauungsplans "D10 - Gewerbepark Am Messegelände-Ost" vom Februar 2013 gemäß den Abwägungsvorschlägen der beigefügten Synopse vom Februar 2015 (Anlage 3.1) abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses. Das Abwägungsergebnis ist in den Entwurf zu übernehmen.**
- 2. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB vorgebrachten Stellungnahmen zum Vorentwurf des Bebauungsplans "D10 - Gewerbepark Am Messegelände-Ost" vom Februar 2013 gemäß den Abwägungsvorschlägen der beigefügten Synopse vom Februar 2015 (Anlage 3.2) abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses. Das Abwägungsergebnis ist in den Entwurf zu übernehmen.**
- 3. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Stellungnahmen zum Entwurf des Bebauungsplans "D10 - Gewerbepark Am Messegelände-Ost" vom Februar 2015 gemäß den Abwägungsvorschlägen der beigefügten Synopse vom Juni 2015 (Anlage 4.1) abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses. Das Abwägungsergebnis ist in den Entwurf zu übernehmen.**



4. **Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Stellungnahmen zum Entwurf des Bebauungsplans "D10 - Gewerbepark Am Messegelände-Ost" vom Februar 2015 gemäß den Abwägungsvorschlägen der beigefügten Synopse vom Juni 2015 (Anlage 4.2) abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses. Das Abwägungsergebnis ist in den Entwurf zu übernehmen.**
5. **Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der erneuten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Stellungnahmen zum Entwurf des Bebauungsplans "D10 - Gewerbepark Am Messegelände-Ost" gemäß den Abwägungsvorschlägen der beigefügten Synopse vom September 2015 (Anlage 5.1) abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses. Das Abwägungsergebnis ist in den Entwurf zu übernehmen.**
6. **Der Bebauungsplan „D10 - Gewerbepark Am Messegelände-Ost“ (Anlage 1.1 bis 2.1) wird in der Fassung vom September 2015 als Satzung beschlossen und die Begründung gebilligt (§ 10 BauGB). Die Verwaltung wird beauftragt, den Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen und die Öffentlichkeit, welche Stellungnahmen geäußert hat, von dem Abwägungsergebnis schriftlich in Kenntnis zu setzen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 20. (öffentlich)**

**Anordnung des Umlegungsverfahrens „Südlich Breiter Weg“ für die Entwicklung von Wohnbaugrundstücken im Ortsteil Queichheim**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 12. August 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Doll freute sich, dass Queichheim nun zum zweiten Mal mit einem Innenentwicklungspotential zum Zuge komme. Entstehen würden hier durch diese günstigen Umstände 40 Bauplätze. Wichtig sei ihm hier eine Bürgerbeteiligung durch Gespräche mit den Eigentümern.

Ratsmitglied Scheid bat darum, die geplante fußläufige Anbindung zwischen Birnbaumstraße und Otto-Hahn-Straße über die L509 zu schaffen. Der Ortsbeirat in Queichheim unterstütze dies ausdrücklich.

Der Vorsitzende versicherte, dass die Brücke Teil der Planung bleibe.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Auf Grundlage des § 46 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. S. 2414) in der jeweils geltenden Fassung wird die Umlegung für das Wohnbaugebiet des Bebauungsplan D9 angeordnet.**

**Das Umlegungsverfahren erhält die Bezeichnung „Südlich Breiter Weg“**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 21. (öffentlich)

**Einziehung gem. § 37 des Landesstraßengesetzes der Kreisstraße „K 3“ zwischen den Netzknoten 6814 001 und 6814 076 und 6814076 und 6814 004 der Kreisstraße K12 zwischen den Netzknoten 6814 075 und 6814 076**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 20. August 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Die Teilstrecke der Kreisstraße „K 3“ zwischen den Netzknoten 6814 001 und 6814 076 und 6814076 und 6814 004 der Kreisstraße K12 zwischen den Netzknoten 6814 075 und 6814 076 wird eingezogen. Die Flächen sind im beiliegenden Lageplan rot und gelb gekennzeichnet.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 22. (öffentlich)**

**Herstellung der Linksabbiegespur an der L509, Vergabe des Auftrages für die Tiefbau- und Straßenbauarbeiten durch den Bauausschuss in seiner Sitzung am 13.10.2015**

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage des Stadtbauamtes vom 8. September 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Wagner erklärte, dass sich ihm der Sinn für diese Linksabbiegespur nicht erschließe.

**Der Stadtrat nahm die Informationen zur Kenntnis.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 23. (öffentlich)

### **Rückübertragung von Flächen des Bürgergrabens an die Stadtverwaltung Landau**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 28. Juli 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 32 Ja,- 7 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

- 1. Der Stadtrat stimmt der Rückübertragung von 7.182 m<sup>2</sup> des Flur-Stücks-Nummer 5551-4932/027 vom Gebäudemanagement zur Stadtverwaltung zu. Hiervon werden dem Gebäudemanagement 6.142 m<sup>2</sup> zum Buchwert, dies sind 95.938,04 € erstattet.**
- 2. Der Stadtrat stimmt der Übernahme der Erschließungsstraße für den Bürgergraben vom Gebäudemanagement an die Stadtverwaltung zu. Dem Gebäudemanagement werden die im Rahmen der Schlussabrechnung hierfür festgestellten Kosten für den Bereich der Schwedenhäuser gem. der in der Begründung festgehaltenen Berechnung erstattet.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 24. (öffentlich)

### Verschiedenes

Der Vorsitzende gab einen Bericht zur aktuellen Situation in der Flüchtlingsthematik. Es sei wichtig, die Öffentlichkeit in dieser Frage einzubinden. Die Menschen müssten wissen, was auf sie zukomme. Aktuell habe man in Landau 408 Asylbewerber, wöchentlich kämen 10 bis 20 Neuzugänge hinzu. Die Europäische Union dürfe hier keine Schönwetterveranstaltung sein, sondern müsse sich jetzt bewähren. Man tue viel in Deutschland, aber alleine könne man es nicht lösen. Zudem dürfe man die Menschen nicht überlasten, sonst werde es schwierig. Die aktuelle Prognose für Rheinland-Pfalz sehe bis zum Jahresende 49.000 Flüchtlinge vor. Dies würde für Landau 540 Flüchtlinge bis zum Jahresende bedeuten. Ohne Zweifel sei dies eine Herausforderung, die man aber bewältigen könne. Noch sei die dezentrale Unterbringung in Mietwohnungen möglich. Es gebe eine Vielzahl an Hilfsangeboten in unserer Stadt, für die sich viele Menschen in Landau engagieren. Das Haus der Familie habe angeboten, diese Hilfsangebote zu koordinieren. Ein erstes Koordinierungstreffen werde am 30. September stattfinden.

Auch am Personalhaushalt werde dies nicht ohne Spuren vorübergehen. Im Moment gehe man von 2,4 zusätzlichen Stellen im Haushalt 2016 für den Bereich des Sozialamtes aus. Das Land untersuche derzeit Liegenschaften auf Brauchbarkeit für zentrale Flüchtlingsunterkünfte. Im Moment sei dies für Landau nicht akut. Es werde weiterhin herausfordernd bleiben.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass die Flüchtlingsthematik eine große Herausforderung sei, die aber in Landau nach seinem Eindruck bisher gut gemeistert werde. Allerdings könnte uns die Dynamik der Entwicklung noch in größerem Maße fordern. Man müsse aufpassen, dass dann die Stimmung nicht kippe. Seine Frage richte sich dahin, wie mit Flüchtlingen aus sogenannten sicheren Drittstaaten verfahren werde.

Herr Malo entgegnete, dass es im Moment in der Tat rückläufige Zahlen bei Flüchtlingen aus sicheren Drittstaaten gebe.

Der Vorsitzende machte deutlich, dass die Probleme politisch gelöst werden müssten. Menschen die zu uns kommen seien Menschen, um die man sich kümmern müsse.

Ratsmitglied Schwarzmüller dankte der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit mit den Ehrenamtlichen.

Ratsmitglied Burgdörfer wies nochmals auf das Koordinierungstreffen aller Ehrenamtlichen hin, das künftig jeden letzten Mittwoch im Monat stattfinden werde.

Ratsmitglied Dr. Migl fragte nach der Situation an den Schulen.

Herr Malo erläuterte, dass es derzeit ca. 70 schulpflichtige Kinder seien, davon 29 Grundschulkinder. Der Sprachunterricht findet an bestimmten Standortschulen statt. Die Kinder werden zwei Mal die Woche dorthin transportiert.

Ratsmitglied Hartmann wies auf die Unterschriftenliste des BUND gegen den vierspurigen Ausbau der B 10 hin.

Der Vorsitzende informierte über die Neueinteilung der Urnenstimmbezirke





Die Niederschrift über die 12. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 22.09.2015 umfasst 29 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 491.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer  
Oberbürgermeister

Thomas Hirsch  
Bürgermeister

Markus Geib  
Schriftführer

Rudi Klemm  
Beigeordneter